

Dresdener Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden
Saden & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Am 31. Oktober wählen alle die Liste 4

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der...

Verlagsamt: Dresden
Saden & Comp., Nr. 1208

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 2521.
Hunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 2521 und 12707.
Verkaufspreis: 10 Pf. bis 5 Uhr nachmittags.

Abonnementpreis: Grundpreis: die 20 mm breite Monatsblätter
je 20 Pf., die 30 mm breite Monatsblätter 1,50 Pf., für auswärtige
Abnehmer 2 Pf., und 2 Pf. Familienabonnenten, Stellen- und Mit-
glieder 4 Pf. Rabatt für Briefmarkenlieferung 10 Pf.

Nr. 253

Dresden, Freitag den 29. Oktober 1926

37. Jahrg.

Der Kampf des Parteivorstandes

Stellings Rede im Dresdner Erianon — Der Parteivorstand gegen die Dreifundzwanzig

Zum dreizehnten Erianonjahre sprach am Donnerstag... Stellung Mitglied des Parteivorstandes...

Es habe eine Zeit gegeben, wo es ihm graute, wenn beim Parteivorstand die Nachricht eingetroffen war, daß er wieder zum Kampf fahren müsse, um im sächsischen Parteikonfessio zu verhandeln. Jetzt habe er aber dem Rufe des Landespartei-...
Vorbedingung für einen gesunden Staat

Das für ein gesundes Reich ist. Trotz der ungeheuren Bedeutung der Parteivorstände müssen wir deshalb schon heute alles daran setzen, daß auch die Gemeindevorstände jenes Reichtums entgegenkommen, das notwendig ist, um auch im Lande und im Reich vorwärts zu kommen.

Welche große Bedeutung unsere wirtschaftlichen und politischen Parteien gerade den Gemeindevorständen beimessen, zeigt, daß sie unermüdet am Werke sind, um ein Hochkommen der Wirtschaft und ihrer wirtschaftlichen Träger zu verhindern. In der letzten Zeit wird der Kampf um den Finanzhaushalt...
Industrie und Wirtschaft die Geldgeber der Reichsparteien, wie dies die Hindenburgwahl und die letzten Reichstagswahlen bewiesen haben.

Diese Herrschaften haben niemals daran gedacht, sich als Glied des Volkstörpers zu fühlen. Sie handeln nach dem Motto: Rog der Staat zugrunde gehen, wenn nur die Wirtschaft befliehet!

Die Wirtschaft und ihre Führer haben in einer Zeit ungeheurer Erwerbslosigkeit verfaßt. Ihre Vertreter ist die nackte Profitorientierung. Diese Wirtschaft ist nicht gewillt, durch eine Verlagerung der Arbeitszeit zur Steuerung der Arbeitslosigkeit beizutragen. Das Washingtoner Abkommen soll nicht ratifiziert werden. Anstatt den Arbeitslosen Arbeitsmöglichkeiten zu verschaffen, werden noch immer viele Tausende von ausländischen Arbeitern beschäftigt, weil sie billiger sind und auch willigere Arbeitskräfte sind. Demzufolge kommen die Vorkämpfer auf Vorkämpfer ab, obgleich die Preise andauernd steigen. Dabei steht jedoch fest:

Wird die innere Kaufkraft des Volkes nicht gehoben, kommt auch unsere Wirtschaft nicht wieder hoch.

Mit dem Augenblick, wo es den breiten Massen durch eine Erhöhung der Löhne und Gehälter möglich wird, das, was in der Kriegs- und Nachkriegszeit verhandelt und abgerufen wurde, wieder zu erleben, würde eine ungeheure Belebung und Hebung der Wirtschaft eintreten. Nach den Ausführungen des Reichsarbeitsministers im Reichstagsauschuß ist fast ein Drittel der Gesamtbeschäftigung ohne jede Kaufkraft. Erkennt man wirklich nicht, daß man mit ständiger Lohnhöhe unter Ausnutzung der wirtschaftlichen Notlage diese Situation immer mehr und mehr verschärft? Gründlich zu liegen sollte man bei den Direktoren und Aufsichtsräten, deren Lohn sich seit 1913 gewaltig vermehrt hat. Die Wirtschaft würde dabei nicht Schaden leiden, sondern nur gewinnen. Die Krise, die vorliegt, ist, unsere Wirtschaft zu heben, und zu einem großen Teil gar nicht gewillt, daran mitzuarbeiten.

Die Wirtschaft ist also nicht zur politischen Führung des Volkes berufen. Deshalb müssen wir bei den Landtagswahlen dafür sorgen, daß eine Regierung an die Macht kommt, die bereit und gewillt ist, den letzten Groschen herzugeben, um dieser Not und diesem Elend zu steuern.

Neue Streitigkeiten auch die soziale Reaktion.

Sie wehren sich dagegen, daß das, was dringende Verwirklichung bedürftig ist, verbessert wird. Wer die Sozialreaktion bekämpfen will, muß daher dafür sorgen, daß nur Vertreter in den Landtag kommen, die dieser sozialen Reaktion den Kampf anlegen; er kann deshalb nur die Liste 4 (SPD) wählen.

Die im letzten Landtage eingebrachten sozialdemokratischen Anträge auf Arbeitsbeschaffung und auf Unterstützung der Kriegsgespieler sind abgelehnt worden.

Wir müssen und die Leute, die hieran schuld sind, merken und dürfen uns nicht betören lassen von der falschen Flagge, unter der man segelt.

Stellings streifte dann kurz den Volkspartei-Faktor, um dann noch auf den

engen Zusammenhang zwischen den Trägern der sozialen Reaktion und der Schwarzen Reichswehr und den vaterländischen Verbänden

hingewiesen, die dazu beitragen, daß die soziale Reaktion aus Mäher kommt. Diesen Beiträgen muß ein freier Ball entgegengebracht werden.

Die Beamten sollten eingedenk sein, daß es gerade die Kreise der Wirtschaft sind, die auf das Reichsfinanzministerium und die Reichsparteien in dem Sinne einwirken, keine Gehaltssteigerungen einbringen zu lassen, und die Regierungen der Einzelstaaten scharf machen, sich den Forderungen auf Gehaltserhöhungen entgegenzustellen. Deshalb weg mit dem Ständebüchlein, die Beamten gehören mit den Arbeitern und Angestellten in eine Front.

Aber auch aus politischen Gründen müssen diese Preis- der Wirtschaft bekämpft werden, machen sie doch aus ihrer Macht, der Republik auf falschem Wege den Garaus zu machen, kein Hehl. Nicht durch eine Wiedererrichtung der Monarchie — die Herrschaften haben herausgefunden, daß sie auch in der heutigen Republik ihre kapitalistische Interessenspolitik sehr gut betreiben können, so daß sie mit ihr zufrieden sein können —, sondern durch eine Erweiterung der Machtbefugnisse des Militärs.

Man führt eine Fraktion des Reichstages ein, man hebt die Wirtschaft, indem man die Besteuerungen ermäßigt und die Verbrauchssteuern erhöht, man treibt eine Finanzpolitik, die identisch mit der Steuerpolitik in dem Bestreben ist, den Reichtum des Volkes zu schaffen, man unternimmt auch nichts gegen den Generalstab, der mit den Händen in den Hosentaschen vor dem Untersuchungsausschuß in München die Verfassung und die Republik auf das schäblichste beleidigt! Wollen wir diese Zustände ändern, so müssen wir

für den sozialen Ausbau der Republik kämpfen und hinarbeiten auf eine Verlängerung der Erwerbslosen-Unterstützungsdauer, auf eine Ausdehnung der Kurzarbeiter-Unterstützung, die lediglich der Sozialdemokratie zu verdanken ist, auf eine Erweiterung des Arbeitsbeschaffungsprogramms und auf eine Bekämpfung der Wohnungsnot.

Warum ist es bisher nicht gelungen, die Forderungen der Arbeiterschaft durchzusetzen? Schuld daran hat

die Zersplitterung der Arbeiterschaft.

Wir haben uns nicht als Klasse gefühlt, wir haben verzeihen, daß wir den Kampf als Klasse gegen die andre Klasse zu führen haben. Das Klassengefühl und das Klassenbewußtsein ist manchmal von uns abgegangen, weil der Zersplitterungskampf ihnen den Klassenkampf abhandeln ließ. Scharf bietet ein Beispiel dafür, wie diese Zersplitterung be-

Die Feme-Bestien von Küstrin

Folter- und Mordkolonnen der Schwarzen Reichswehr — Grauenvolle Prügelorgien — Wie Gröschke ermordet wurde

PD, Landsberg, 28. Oktober. (Eig. Draht.)

Der am Donnerstag begonnene vierte Landsberger Prozess führte 11 Angeklagte auf die Anklagebank. Es befinden sich unter ihnen alle in den letzten Jahren durch die Beteiligung an Mordmorden bekanntgewordenen ehemaligen Mitglieder der Schwarzen Reichswehr. 10 Anwälte teilen sich in die Verteidigung der Angeklagten. Verhandlungssachverhalt ist die Ermordung des Arztes Paul Gröschke im Juni 1923. Klapprott ist wegen Mordes, die andern sind wegen Beihilfe und Anstiftung, Raphael und Vogel außerdem noch wegen Meineids angeklagt.

Der Angeklagte Schiburr muß auf Vorhalt des Oberstaatsanwalts antworten, wegen Diebstahls von Weisung einmündlich mit vier Monaten, einmal mit zwei Wochen bestraft worden zu sein. Mit 18 Jahren ging er zum Baltischen Grenzdienst, 1920 bis 1921 war er bei der Reichswehr in Spandau, später bei den Reichswehr in Spandau als Bauarbeiter. Von da meldete er sich „aus Nationalgefühl“ zu den „Arbeitskommandos“ in Küstrin. Er bekam in Berlin von einem Oberleutnant Vogel als Unteroffizier eingestellt. Vereidigt wurde er auf den Namen des Führers. Auf Vorhalt des Vorsitzenden gibt Schiburr an, daß ihm gesagt worden sei:

„Verräter werden mit dem Tode bestraft.“

Vors.: Sie hatten früher einmal, Sie seien in Küstrin für Arden aus der Anstalt entlassen worden? — Angekl.: Der eine hieß Andreas Her, der andre hieß Arbeiterkommando, der dritte hieß Reichswehr. Eigentlich wollte kein Mensch ganz genau, was war. Schiburr bekräftigt dann, daß die Leute, die er zu Hause verprügelt wurden, bekräftigt aber, daß er nicht ein solches kommunistisches Kommando, die die Zerschlagung zu haben, wissen zu sein. Oberleutnant Raphael habe von dem Vorgesetzten, aber ein Auge zugedrückt.

Von der Mißhandlung des erkrankten Gröschke als Zehnter so große Schilderung: Aus Gröschke hinkam, wurde bekannt, daß er kommunistisch sei. Darauf wurde er von dem Oberleutnant Raphael in eine Kiste mit einem Eisenriegel verschlossen und darüber die Kommunisten der Waffen kammer, wo die andern ihre Anstalt hatten usw. Ich wurde von Oberleutnant Raphael hinzugezogen, und

wenn Gröschke falsche Aussagen machte, habe ich ihn schlagen müssen, erst mit einem Nippel und dann mit einem Eisenriegel, der geschloß wurde.

Vors.: Haben Sie gehört, daß Gröschke gesagt hat, er sei kommunistisch? — Angekl.: Jawohl. Er hat angegeben, wo die Kommunisten die Waffen hatten. — Vors.: Ehe er erschossen wurde? — Angekl.: Jawohl. Er hat auch die Worte angegeben, wo die Waffen liegen, und sofort er eine falsche Aussage machte, habe ich ihn geschlagen.

Vors.: Wie wurde denn die falsche Aussage festgestellt? (Der Angeklagte schweigt.) Es ist doch ganz unwahrscheinlich, daß er zugibt: Ich bin kommunistisch. Es ist doch viel natürlicher, daß er sagt: Nein, ich denke nicht daran, kommunistisch zu sein. — Angekl.: Gröschke wurde nach Vorgabe geführt, und da hat er zwei Kameraden gesagt: Wir wollen das Gewehr wegwerfen und andertief! Darauf war schon zu entnehmen, daß er nur gekommen war, um auszufundamentieren.

Vors.: Wenn er tatsächlich kommunistisch war, dann müßte ihm doch gerade davon liegen, nach Vorgabe zu kommen, um festzustellen, wie stark das Herz belegt war, wieviel Munition da war usw. Das macht doch gerade den Eindruck, als ob dem jungen Menschen geglaubt hat und daß er davonkommen wollte. Wer hat denn festgestellt, daß er kommunistisch war? — Angekl.: Oberleutnant Raphael hat ihn gefragt, und

wenn er mit der Antwort geäußert hat, dann habe ich ihn geschlagen, bis er sagte: Ja, es stimmt. Dann wurde das zu Protokoll gegeben.

Vors.: Haben Sie ein solches Verfahren für richtig gehalten? — Angekl.: Ich habe den Befehlen meines Vorgesetzten Folge zu leisten. — Vors.: Sogar im Militärstrafgesetzbuch steht, daß ein Soldat nicht ein Verbrechen begehen darf, selbst wenn ein Vorgesetzter es befiehlt.

Angekl.: Es war allgemein bekannt, daß er kommunistisch war. — Vors.: Der Mensch war doch unschuldig und Sie sagen: es ist allgemein bekannt? Schon war der Mann verurteilt. Ich muß sagen, daß ich ein sehr abgefeiertes Verfahren. Sie haben ihn mit dem Nippel geschlagen, das Nippelgeschloß soll sich vollkommen in den Körper eingedrückt haben. Schließlich war Gröschke blutüberströmt. — Angekl.: Wenn er in verwerfliche Behandlung gekommen wäre, würde er vollkommen wiederhergestellt worden sein. (Große Bewegung im ganzen Saale.)

Vors.: Wie oft haben Sie geschlagen? — Angekl.: Vier- bis fünfmal. — Vors.: Was mit dem Beibringen, mal mit dem Besen? (Angeklagter schweigt.) Wozu denn? — Angekl.:

Auf den Rücken, auf den Kopf niemals. — Vors.: Und auf die Brust? — Angekl.: Jawohl! — Vors.: Ist Ihnen kein Mitleid gekommen? (Der Angeklagte schweigt.)

Vors.: Ist nicht einmal Oberleutnant Schulz bei Gröschke gewesen? — Angekl.: Ja, er kam im Auto gefahren, aber daß er bei Gröschke in der Zelle war, weiß ich nicht. — Vors.: Was dieser Besuch des Oberleutnants Schulz an demselben Tage, an dem dann Gröschke verschwand? — Angekl.: Jawohl. — Vors.: Als Sie nun hörten, daß Gröschke ermordet ist, haben Sie sich da nicht Gedanken darüber gemacht, wer ihn wohl ermordet habe? — Angekl.: Nein.

Vors.: Als die Leiche gefunden wurde, was haben Sie da gedacht über die Todesursache? — Angekl.: Ich habe mir gar nichts dabei gedacht. — Vors.: Haben Sie in der Arrestzelle Oberleutnant Schulz und Oberleutnant Raphael gesehen? — Angekl.: Ja, habe sie hineingehen sehen, aber daß sie drin waren, kann ich nicht behaupten.

Verteidiger: Hat der Angeklagte befürchtet, wenn er Befehle nicht ausführte, daß er dann sein Leben aufs Spiel setzt? — Angekl.: Jawohl.

Vor dem Untersuchungsrichter hat Schiburr ausgesagt, unter Umständen sei der Mord vielleicht auf Veranlassung von Oberleutnant Raphael aber gar von Oberleutnant Schulz ausgeführt worden. Darüber zur Rede gestellt, schweigt der Angeklagte zunächst. Schließlich bequemt er sich zu der Aussage, der Tote sei außerhalb des Hofes gefunden worden. Ohne Genehmigung des Oberleutnants Raphael habe aber niemand das Hof verlassen dürfen. Das Allgemeine Gespräch sei gewesen, als Klapprott mit dem Auto gekommen war, daß Gröschke mit diesem Auto herangebracht und dann umgebracht worden sei. Es war das allgemeine Gespräch, daß Gröschke von Raphael aber auf seine Veranlassung ermordet worden sei. — Vors.: Sind Sie nicht auf den Gedanken gekommen: Das tun Oberleutnant Raphael und Schulz nicht? — Der Angeklagte schweigt.

Vors.: Haben Sie sich als Soldat gefühlt und warum? Angekl.: Schiburr: Ich habe mich als Soldat gefühlt. Ich wollte wohl, daß ich bei der Schwarzen Reichswehr war. Aber was mir gefant worden, daß die Schwarze Reichswehr zur Unterdrückung der eigentlichen Reichswehr herangezogen werden sollte. So war ja auch alles wie bei der Reichswehr. Das Gericht unterstellt als wahr, daß die Leute sich als richtige Soldaten, fühlen konnten.

(Fortsetzung des Berichtes auf Seite 3.)